



CO2-Preis im Mietverhältnis: Die Union darf nicht einknicken

Haus & Grund Rheinland Westfalen kritisiert sich anbahnenden Kompromiss der GroKo

Die SPD will den CO2-Preis aus den Heizkosten der Mieter auf die Vermieter abwälzen. Laut „Spiegel“ deutet sich jetzt ein Kompromiss mit der Union an, wonach Vermieter den CO2-Preis anteilig übernehmen sollen – abhängig vom energetischen Standard des Gebäudes. Konrad Adenauer warnt eindringlich vor einem solchen faulen Kompromiss.

Düsseldorf. Eine teilweise Übertragung der Heizkosten von Mietern auf die Vermieter würde die Energiewende im Wohnungssektor hemmen und zu höheren Mieten führen. Davor warnt der Vermieterverband Haus & Grund Rheinland Westfalen. „Der Kompromiss, der sich hier offenbar zwischen CDU und SPD anbaut, wäre eine Abkehr vom Verursacherprinzip“, kritisiert Konrad Adenauer die Pläne. Der Präsident der Vermieterorganisation sagt: „Erfahrungsgemäß heizen Mieter in modernisierten Wohnungen weniger sparsam. Der Effekt würde verstärkt und auf nicht modernisierte Wohnungen ausgeweitet, wenn die Mieter nicht mehr ihre vollen Heizkosten selbst tragen müssten.“

Zahlten die Mieter dagegen die vollen Heizkosten selbst, würden sie bei der Wohnungssuche verstärkt Objekte mit gutem energetischem Zustand und entsprechend geringen Heizkosten bevorzugen. „Vermieter müssen dann modernisieren, um am Markt weiterhin Mieter finden und angemessene Mietpreise erzielen zu können“, erklärt Erik Uwe Amaya den Zusammenhang. Der Verbandsdirektor von Haus & Grund Rheinland Westfalen stellt allerdings fest: „Wenn jetzt ausgerechnet die Vermieter, die noch größeren Modernisierungsbedarf haben, an den Heizkosten der Mieter beteiligt werden, nimmt man ausgerechnet ihnen das Kapital für die nötigen Modernisierungsmaßnahmen weg.“

In der Folge bleibe den Vermietern nicht viel anderes übrig, als hohe Modernisierungsmieterhöhungen zu verlangen. „Das käme für viele Mieter unter dem Strich teurer, als ihre vollen Heizkosten selbst zu tragen“, warnt Amaya. Die Union sei daher gut beraten, den populistischen Vorschlägen der SPD nicht nachzugeben und von einem nicht zu Ende gedachten Kompromiss Abstand zu nehmen.

Präsident RA Konrad Adenauer
Vizepräsident Dr. Johann Werner Fliescher
Verbandsdirektor Ass. jur. Erik Uwe Amaya
Stadtsparkasse Düsseldorf
IBAN: DE17 3005 0110 1006 7069 39
BIC: DUSSEDDXXX
Amtsgericht Düsseldorf VR 9914
Finanzamt Düsseldorf-Süd
Steuer-Nr. 106/5746/1395

Anschrift Aachener Str. 172
40223 Düsseldorf
Telefon 02 11 / 416 317 - 80
Telefax 02 11 / 416 317 - 89
E-Mail info@HausundGrund-Verband.de
Internet www.HausundGrund-Verband.de
Facebook facebook.com/HausundGrundVerband
Youtube youtube.com/HausundGrundVerband
Twitter https://twitter.com/HausundGrundRW

Haus & Grund Rheinland Westfalen vertritt die Interessen von über 108.000 Haus- und Wohnungseigentümern, Vermietern sowie Kauf- und Bauwilligen gegenüber Politik, Gesellschaft und Medien. Haus & Grund Rheinland Westfalen ist nach Haus & Grund Bayern der zweitgrößte Landesverband der Haus & Grund-Organisation in Deutschland. Dem Landesverband gehören derzeit 43 Ortsvereine an.

Pressekontakt:

Haus & Grund [RHEINLANDWESTFALEN](#)

Fabian Licher, M.A.

info@HausundGrund-Verband.de

Telefon: 02 11 / 416 317 – 60

Telefax: 02 11 / 416 317 – 89